

„Die kleinen Soparfis verschwinden“

Bob Faber, Verwaltungsratsmitglied der LIMSA, zeigt sich über die Zukunft der Beteiligungsgesellschaft optimistisch

INTERVIEW: NADIA DI PILLO
UND LAURENT SCHMIT

Wie steht es um die Zukunft der luxemburgischen Soparfi? Diese Frage hat der CSV-Politiker Laurent Mosar kürzlich in einer parlamentarischen Anfrage an Finanzminister Pierre Gramegna aufgeworfen. Wie es in der Praxis aussieht, haben wir bei Bob Faber, Mitglied des Verwaltungsrats der LIMSA (Luxembourg International Management Services Association) und Managing Partner bei Paddock Corporate Services, nachgefragt.

Herr Faber, was ist eine Soparfi und wozu dient sie eigentlich?

Die „Société de participations financières“ (Soparfi) entstand 1990 neben der sogenannten Holding 1929. Im Gegensatz zu Letzteren, unterliegt sie jedoch den allgemein gültigen Steuer- und Rechtsbestimmungen. Sie erlaubt Investoren Beteiligungen in luxemburgischen oder ausländischen Unternehmen zu verwalten und zu verwerfen, ohne dass es zu einer steuerlichen Doppelbelastung kommt. Wie in anderen europäischen Ländern nutzt die Soparfi hierzu die Regeln der Mutter-Tochter-Richtlinie in der EU sowie die bilateral verhandelten Doppelbesteuerungsabkommen weltweit. Wegen der kompletten Steuerbefreiung wurde die Holding 29 im internationalen Umfeld nach und nach nicht mehr tragbar und wurde abgeschafft.

Wie wichtig ist die Soparfi für den Finanzplatz?

Wir sind ja besonders stolz, dass Luxemburg zweitgrößter Fondsstandort der Welt ist. Es ist deshalb sehr wichtig, dass Luxemburg zu jederzeit ein angepasstes Umfeld von Gesellschaftstypen bietet. Die Soparfi gehört hier ohne jeglichen Zweifel dazu, auch wenn das manchmal vergessen wird: Sie ist oft ein unumgängliches Zwischenglied in Strukturen von Private-Equity- oder Immobilienfonds. Soparfis sind auch nützlich, um das Vermögen wohlhabender Familien zu organisieren und etwa deren Nachfolge zu regeln. Klar scheint aber: Das Einsatzgebiet der Soparfis hat sich in den letzten Jahren reduziert und es werden weniger Soparfis gegründet.

Können Sie hierauf etwas genauer eingehen? Politiker machen sich Sorgen um den Fortbestand der Soparfi ...

Es zeichnet sich eine deutliche Tendenz ab, auch wenn ich keine genauen Zahlen nennen kann: Die „kleinen“ Soparfis sind dabei zu verschwinden, da das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr stimmt. Früher gab es viele ausländische Privatleute, die eine Soparfi hatten, um ihr oft recht bescheidenes Vermögen zu organisieren – etwa eine einzige Beteiligung im nahen Ausland. Hauptgrund einer solchen Ministruktur war, im Fall einer späteren Veräußerung mit Wertsteigerung, die hierzu theoretisch anfallende Steuern auf einen späteren Zeitpunkt übertragen zu können. Allerdings sind die jährlichen Kosten einer Soparfi in den letzten Jahren schnell angestiegen. Diese



Bob Faber: „Luxemburg ist inzwischen gut aufgestellt“.

(FOTO: CHRIS KARABA)

„Das Einsatzgebiet der Soparfis hat sich in den letzten Jahren reduziert und es werden weniger Soparfis gegründet.“

Entwicklung geht teils auf absolut notwendige Anti-Geld-Wäsche-Regeln zurück, dadurch dass die Verwaltung einer Soparfi beim spezialisierten Dienstleistungsanbieter deutlich teurer wurde, teils ist sie jedoch auch hausgemacht.

Was meinen sie mit hausgemachten Problemen?

Die Erklärung ist einfach. Vor sechs Jahren wurde eine Mindeststeuer für Soparfis eingeführt, die mehrmals angepasst wurde und heute auf jährlich bis zu 4 815 Euro angestiegen ist.

Welche Folgen hat das?

Ein Beispiel: Eine zusätzliche Soparfi, die man „zweischaltet“, erlaubt mehr Flexibilität, wenn eine Beteiligung später verkauft wird. Das verursacht demnach automatisch mehr Kosten. In größeren Immobilien- oder Private-Equity-Strukturen kommen deshalb heute weniger Soparfis zum Einsatz. Die Flexibilität wird also eingespart. Das Gute ist jedoch, dass die Strukturen deshalb übersichtlicher werden.

Welche Soparfis bleiben noch?

Aus vielen Gründen ist Luxemburg heutzutage immer noch und immer mehr „the place to be“ für Investmentstrukturen jeglicher Art. In diesen größeren Finanzierungs- und Holdingstrukturen, kommen unumgänglich Soparfis zum Einsatz. Wir stellen fest, dass möglichst schlanke Strukturen aufgesetzt werden, welche die wirtschaftliche Realität oft verständli-

cher widerspiegeln als in der Vergangenheit. Dazu kommen internationale Konsortien oder Investorengemeinschaften, die Soparfis nutzen, um gezielt in Start-up-Unternehmen oder Immobilien zu investieren.

Also kommen weiter neue Strukturen hinzu?

Ich kann das in der Tat so bestätigen. Es werden permanent neue Gesellschaften gegründet, aber es handelt sich nicht nur um Beteiligungsgesellschaften. Oft sind es Zweckgesellschaften – in unserem Jargon als SPV, sprich „Special Purpose Vehicle“ bezeichnet. Diese werden gegründet, um etwa direkt in eine deutsche Immobilie zu investieren. Allgemein zieht Luxemburg mit seinen Anlegevehikel weiterhin Investoren aus der ganzen Welt an. Es geht dabei um Investitionen in Millionenhöhe. Dabei spielen die heutzutage höheren Kosten einer solchen Struktur weniger eine Rolle. Dass das so bleibt, muss für die Zukunft absolute Planungssicherheit für Investoren geboten werden. Andererseits könnte man durchaus über die Reduzierung oder Abschaffung der Kapitalertragssteuer nachdenken um mit anderen europäischen Ländern mithalten, insbesondere für die US-Investoren.

2014 kamen die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer zu 28 Prozent von Soparfis. Muss der Staat nun Einbußen durch diesen Strukturwandel befürchten?

Wir glauben, dass sofern nicht mehr an der Steuerschraube gedreht wird, genau das Gegenteil der Fall sein wird, weil eben die indirekten Einnahmen wachsen. Die großen Konzerne, die in Luxemburg investieren, mieten Büroflächen, stellen Mitarbeiter ein und brauchen Dienstleister. Eine von der LIMSA (Luxembourg International Management Services Association) in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass allein der Sektor, der Geschäftsstrukturen betreut,

direkt mit 250 Millionen Euro Steuern zum Staatshaushalt beiträgt, Tendenz steigend.

Hat die Steuerreform den Wandel in ihrer Branche verstärkt?

Es gibt einen starken politischen Willen: Luxemburg wollte schnell von allen schwarzen Listen gestrichen werden und sich nicht mehr angreifbar machen. Das gelingt auch dadurch, indem man versucht, die kleinen Strukturen abzubauen, die oft aus einer rein steuerlichen Perspektive gegründet wurden. Größere Strukturen werden übersichtlicher und vor allem wird eine wirtschaftliche Daseinsberechtigung in Luxemburg verlangt. Die Mindeststeuer hat zu diesem Wandel beigetragen,

„Luxemburg darf wieder sicherer im internationalen Umfeld auftreten, wenn es um Steuerwettbewerb geht.“

darf aber nicht weiter steigen. Die Mindeststeuer gab es ja schon vor der Steuerreform. Der Effekt des Anhebens und Umstrukturierung dieser Steuer im Rahmen der Steuerreform ist noch schwer abzusehen.

Das heißt die schwarzen Schafe wurden eliminiert?

Ich denke schon. Das politische Ziel wurde also erreicht. Luxemburg ist inzwischen gut aufgestellt und Vorreiter in der Regulierung. Deshalb darf und sollte Luxemburg wieder sicherer im internationalen Umfeld auftreten, wenn es um Steuerwettbewerb geht. Das scheint auch zu geschehen.

Muss man die Soparfi neu erfinden?

Wir haben mit der Soparfi ein Superinstrument, ich würde in Betracht ziehen, den Namen zu ändern oder nicht mehr zu gebrauchen. Der Name Soparfi ist kein juristischer Begriff, sondern ein Marketingwort. Er wurde damals geschaffen, um Luxemburg als ideale Plattform für internationale Investitionen aufzustellen. Dabei ist die Soparfi eine gewöhnliche Handelsgesellschaft, sprechen wir also von Sàrl. und SA, das reicht. Es ist ein Instrument, das jeder versteht und das anpassungsfähig ist. Dazu kommt unser gut entwickeltes Gesellschaftsrecht, das vor kurzem positiv reformiert wurde. Zudem haben wir nun auch die nötigen Vorschriften in unserer Gesetzgebung, um Missbräuche zu verhindern.

Im Kontext neuer internationaler Regeln ist oft die Rede von mehr „Substanz“, die die Gesellschaften bräuchten. Was heißt das?

Das hängt von Fall zu Fall ab. Es ist nicht so, dass wenn dieses und jenes Kriterium erfüllt ist, alles bestens ist. Aber es gibt Punkte zu beachten, die besonders im Zusammenhang mit dem konkreten Gesellschaftszweck stehen. Es sollte selbstverständlich sein, dass die Unternehmensentscheidungen in Luxemburg getroffen werden. Aber man kann darüber streiten, ob eine Gesellschaft ein Büro in Luxemburg haben und mehrere Angestellte beschäftigen muss. Wenn keine Mitarbeiter notwendig sind um den Gesellschaftszweck zu erfüllen, darf das keine Bedingung sein.

Werden die Entscheidungen denn überhaupt in Luxemburg getroffen?

Dieser Prozess läuft inzwischen in den meisten Fällen sehr gut, auch wenn es nicht immer einfach ist. Oft sind Mitglieder des Verwaltungsrates nicht in Luxemburg ansässig. Doch auch das trägt zu den Einnahmen für den Luxemburger Staat bei. Man denke an Hotelübernachtungen, Geschäftsessen, Transport und dergleichen.

Gehört zur Substanz nicht auch, dass Luxemburger Ortsansässige im Verwaltungsrat sitzen?

Ganz klar ja, ist aber nicht so einfach. Durch die wesentlich komplexeren Strukturen werden an die ortsansässigen, unabhängigen Verwaltungsratsmitglieder sehr hohe Anforderungen gestellt. Sie sind oft in mehreren Gesellschaften tätig. Es ist für sie ein Muss, sich ständig weiterzubilden, um das eingegangene Risiko richtig einschätzen zu können.

Gibt es ausreichend Luxemburger, die einen solchen Verwaltungsratsposten übernehmen?

Geeignete Personen sind in der Tat immer seltener zu finden. Sie müssen eine gewisse Erfahrung haben, bereit sein sich einzuarbeiten, verstehen um was es geht und bereit sein Verantwortung zu tragen. Da jedes Mitglied in einem Verwaltungsrat einen oder mehrere Bereiche abdeckt, aber nicht alle, muss man zu einem bestimmten Maß vertrauen können. Und genau das wird immer schwieriger.